Bildungsbericht Schweiz 2010

Ziele bei der nachobligatorischen Ausbildung sind fast erreicht

Der im Februar 2010 publizierte erste offizielle Bildungsbericht für die Schweiz zeigt eine Berufsbildung, die sich nach der Lehrstellenkrise der 90er Jahre in guter Verfassung befindet. Die Bildungsstufen werden anhand der Kriterien Effektivität, Effizienz und Equity beurteilt. Die Berufsbildung wird in den Kapiteln zur beruflichen Grundbildung, zu den Fachhochschulen und zur höheren Berufsbildung (und teilweise im Kapitel Weiterbildung) beschrieben.

Von **Stefan C. Wolter**, Direktor der Schweizerischen Koordinationsstelle für Bildungsforschung (SKBF) und Projektleiter «Bildungsbericht Schweiz – 2010».

— In der Schweiz schaffen derzeit nicht ganz 90 Prozent der Schulabgängerinnen und Schulabgänger aus der Volksschule einen erfolgreichen Abschluss auf der Sekundarstufe II, der für die weitere Bildungs- und Arbeitsmarktkarriere eine wichtige Erfordernis darstellt. Damit ist man auf den ersten Blick noch relativ weit vom bildungspolitischen Ziel entfernt, das man sich für das Jahr 2015 gesteckt hatte: eine Quote von 95 Prozent zu erreichen. Immerhin wurde das Ziel bei allen Schülerinnen und Schülern, die in der Schweiz geboren wurden und somit die ganze Schulzeit in der Schweiz absolvierten, erreicht – und zwar unabhängig von ihrer Nationalität.

Dies legt nahe, dass bei der Gruppe der ausländischen Schülerinnen und Schüler, die nach ihrer Geburt in die Schweiz kamen und teilweise nur ein paar Jahre ihrer Schulzeit in der Schweiz verbrachten, grössere Anstrengungen für einen erfolgreichen Abschluss auf der Sekundarstufe II gemacht werden müssen. Diese Aufgabe ist sowohl eine bildungs- wie integrationspolitische Herausforderung.

Zwei Drittel in der Berufsbildung

Zu relativ konstanten Anteilen von 70 Prozent und 30 Prozent wählen die Schulabgängerinnen und Schulabgänger auf der Sekundarstufe II berufsbildende resp. allgemeinbildende Schultypen. Bei Ersteren ist auch der Anteil der betrieblich basierten (dualen) Ausbildung mit einem Anteil von praktisch 90 Prozent recht konstant.

Die berufliche Grundbildung präsentiert sich nach der Lehrstellenkrise Mitte der 90er Jahre in einer guten Verfassung, was die Zahl der angebotenen Lehrstellen und die Reaktionsfähigkeit gegenüber dem gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandel der Bedürfnisse anbelangt. Dies zeigt sich insbesondere an drei Tatbeständen. Erstens bezeichnen mit einer erstaunlichen Konstanz rund drei Viertel aller Schulabgänger, die sich für eine Berufslehre entschieden haben, die gefundene Lehre als Wunschlehre. Mit anderen Worten ist das Modell der betrieblich basierten beruflichen Grundbildung in der Lage, einer deutlichen Mehrheit der Lernenden die Ausbildung ihres Wunsches bieten zu können. Dieser Tatbestand ist nicht zuletzt deshalb bemerkenswert, weil im Ausland häufig argumentiert wird, dass nur allgemeinbildende und vollschulische Modelle eine hohe Übereinstimmung der Wünsche der Schülerinnen und Schüler mit der tatsächlich absolvierbaren nachobligatorischen Ausbildung erreichen können.

> **«Die betrieblich basierte berufliche Grundbildung bietet einer Mehrheit die Wunschausbildung.»**

Angebote für alle Segmente

Zweitens konnte mit der Attestausbildung eine Lehrform eingeführt werden, die von der Wirtschaft bereits in grosser Zahl angeboten wird und den Lernenden einen Abschluss ermöglicht, der im Berufsbildungssystem anschlussfähig ist (im Gegensatz zur früheren Anlehre). Auch wenn es noch zu früh für eine abschliessende Beurteilung der Attestausbildung ist, scheinen die ersten Erfahrungen zumindest darauf hinzuweisen, dass das beim Publikum von Attestlehren zu erwartende Risiko des Lehrabbruchs gemindert werden konnte.

Drittens zeigen die stetig wachsenden Zahlen bei den Berufsmaturitäten, dass das Berufsbildungssystem auch für die Gruppe der begabtesten Lernenden weitere Entwicklungsmöglichkeiten bieten kann, die auf eine rege Nachfrage stossen. Unklar ist aber, wie die stark sinkenden Übertrittsquoten bei den Männern nach der Berufsmaturität in die Fachhochschulen zu interpretieren sind. Sie könnten eine Folge der Hochkonjunktur sein, die die Erwerbsarbeit der Alternative Studium gegenüber als lohnender erscheinen liess. Eine Teilantwort auf diese Frage wird das Verhalten der Berufsmaturanden in den kommenden Jahren liefern.

Heterogene höhere Berufsbildung

Was die Statistik und Forschung anbelangt, fristet die höhere Berufsbildung weiterhin ein Schattendasein, was im Widerspruch zur hohen Zahl an jährlich in diesem Zweig der tertiären Ausbildungen erzielten Abschlüsse stehen dürfte. Erklärungen dafür könnten einerseits die grosse Heterogenität der Ausbildungen und Abschlüsse sein. Andererseits auch der Umstand, dass nur die Abschlüsse der höheren Fachschulen standardisierte und vorgeschriebene Studienleistungen voraussetzen, während bei den eidgenössischen Berufsprüfungen und den höheren Fachprüfungen Vorbereitungskurse auf die Prüfungen zwar möglich, aber nicht zwingend vorgeschrieben sind.

Seit dem Pilotbericht 2006 konnten mittels zweier neuer Studien die Informationen bezüglich der Finanzierung und der Kosten der höheren Berufsbildung deutlich verbessert werden. Diese Informationen zeigen, dass die höheren Fachschulen für die Nachfragenden im Durchschnitt nach einem vergleichbaren Prinzip finanziert werden wie die übrigen Hochschultypen. Die Studienkosten liegen nicht signifikant über den Semestergebühren der teuersten Universitäten oder Fachhochschulen. Bei den höheren Fachprüfungen und den eidgenössischen Berufsprüfungen hängen die Kosten, die auf die Studierenden zukommen, entscheidend davon ab, ob die Vorbereitungskurse besucht werden oder nicht. Der Besuch der Vorbereitungskurse, der in der Regel zwischen einem bis drei Semester dauert, kostet die Studierenden im Durchschnitt zwischen 8000 und 10 000 Franken. Diese Kosten werden teilweise durch die Arbeitgeber gedeckt.

> **«Studienkosten an höheren Fachschulen sind vergleichbar mit Kosten für andere Hochschulstudien.»**

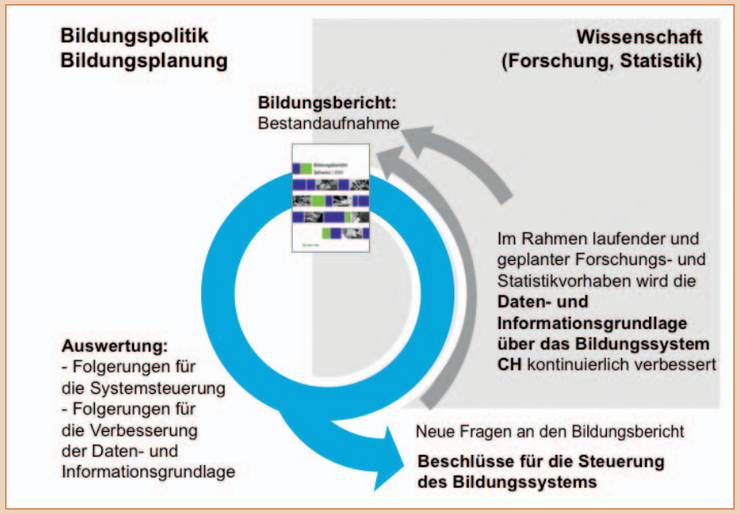
Neues Kapitel zur Wirkung von Bildung

Die Analyse des Bildungswesens nach einzelnen Bildungsstufen bringt es mit sich, dass der Blick für das Ganze etwas verloren geht. Besonders evident wird dies, wenn man sich fragt, welcher private und gesellschaftliche Nutzen aus Bildung entstehen kann. Private oder soziale Outcomes von Bildung können nicht auf einzelne Bildungsstufen zurückgeführt werden, sondern sind ein Ergebnis der kumulierten Bildungsjahre eines Individuums.

Aus diesem Grund wurde dem Bildungsbericht ein neues Kapitel hinzugefügt, das den momentanen Wissensstand darüber abbildet, wie Bildung auf Einkommen, Zufriedenheit, Gesundheit, politische Partizipation oder Wachstum wirkt. —

Literatur: www.panorama.ch > Zeitschrift

Bildungsmonitoring Schweiz



Gemäss Bundesverfassung (Art. 61a Abs. 1 und 2) müssen Bund und Kantone im Rahmen ihrer Zuständigkeiten für eine hohe Qualität und Durchlässigkeit des Bildungsraums Schweiz sorgen. Das Bildungsmonitoring dient ihnen als Instrument zur systematischen und wissenschaftlich gestützten Beschaffung von Informationen über das schweizerische Bildungssystem und dessen Umfeld. Der Bildungsbericht erscheint alle vier Jahre und dient als Basis für eine zwischen Bund und Kantonen koordinierte, datengestützte Strategie zur Entwicklung des Bildungsraumes Schweiz.

Bund und Kantone haben die von ihnen gemeinsam getragene Schweizerische Koordinationsstelle für Bildungsforschung (SKBF) mit der Erstellung des ersten ordentlichen Bildungsberichts Schweiz 2010 beauftragt. Die Ergebnisse des Berichts werden im Jahre 2010 systematisch, auf unterschiedlichen Ebenen und aus unterschiedlichen Perspektiven, weiter ausgewertet.

www.bildungsmonitoring.ch